

Atom-Demo mal anders

**Jetzt gehen nicht mehr die Gegner der Atomkraft auf die Straße, sondern ihre Fans:
Klimaschützer, Technikfreaks – und vielleicht die AfD.**

Von Sebastian Balzter

Brokdorf hat kaum 1000 Einwohner. Aber unter Atomkraftgegnern genießt das Dorf an der Elbe einen Ruf wie Donnerhall. Denn gegen den Bau des Atomkraftwerks dort gingen an einem eisigen Februartag 1981 mehr als 50.000 Leute auf die Straße, die Veranstalter sprachen von bis zu 100.000. Wer dabei war, erzählt davon bis heute mit Begeisterung. Es war die größte Demonstration, die es bis dahin in der Bundesrepublik gegeben hatte – und noch dazu eine, die nicht genehmigt war. Eine geballte Ladung zivilen Ungehorsams. Den Bau des Kraftwerks verhinderten die Demonstranten damit zwar nicht, es ging fünf Jahre später ans Netz. Aber im Nachhinein haben sie sich auf ganzer Linie durchgesetzt. Schon bald erklärte das Bundesverfassungsgericht das Versammlungsverbot für ungültig, das der zuständige Landrat in Itzehoe damals verfügt hatte. Und nach dem Reaktorunfall im japanischen Fukushima im März 2011 beschloss Deutschland den Ausstieg aus der Atomkraft. Heute sind nur noch sechs Kraftwerke in Betrieb. Ihre Tage sind gezählt. In Brokdorf soll spätestens am 31. Dezember 2021 Schluss sein.

Doch jetzt, wo die als Anti-Atomkraftpartei gegründeten Grünen in Deutschland als kanzlerfähig gelten und von einstigen Atomkonzernen wie RWE und Eon umschmeichelt werden – jetzt soll es an der Elbe wieder eine Demo geben. Nicht gegen, sondern für die Atomkraft. Ein Verein namens Nuklearia hat die Demonstration angemeldet. Nächsten Samstag wollen die Atomfreunde zuerst durch die Innenstadt von Itzehoe gehen und sich dann zum Gruppenfoto draußen am Deich aufstellen, mit dem Reaktor im Hintergrund und dem Banner im Vordergrund: „Klimakrise? Kernenergie!“ In den Wochen danach soll es ähnliche Kundgebungen in Lingen im Emsland, in Grohnde bei Hameln, im niederbayerischen Niederaichbach, im schwäbischen Gundremmingen und in Gemrigheim am Neckar geben, wo die fünf anderen deutschen Atomkraftwerke stehen, die noch laufen, deren Betriebsgenehmigungen aber demnächst erlöschen werden.

Was sind das für Leute, die mit dem Megafon in der Hand für die in Verruf geratene Atomkraft auf die Straße gehen? Nuklearia, berichtet der Vereinsvorsitzende Rainer Klute, hat über Deutschland verteilt 276 Mitglieder. Die meisten von ihnen, schätzt

Klute, von Beruf Informatiker, verstünden sich wie er selbst als „Ökomodernisten“: Sie wollen die Welt retten, indem sie auf moderne Technik setzen, nicht auf Verzicht oder Jutesäcke. Für sie heißt die richtige Antwort auf die Erderwärmung: Die Kernkraftwerke, die Strom fast ganz ohne CO₂-Ausstoß erzeugen, müssen weiterlaufen, damit die klimaschädlichen Kohlekraftwerke abgeschaltet werden können. Beides gleichzeitig zu versuchen, wie es die Bundesregierung sich vorgenommen hat, wird nach der Überzeugung von Klute und seinen Mitstreitern dazu führen, dass Gas- und Ölkraftwerke einspringen müssen, um Versorgungslücken zu stopfen – oder Kohlekraftwerke im Ausland, etwa in Polen. Dem Klima wäre damit ein Bärendienst erwiesen. Folgerichtig haben sich Nuklearia-Mitglieder in der Vergangenheit hier und da mit ihren Plakaten schon unter „Fridays for Future“-Klima-Demonstranten gemischt – auch wenn ihr Gefühl, für eine gemeinsame Sache zu streiten, nicht uneingeschränkt erwidert wurde. Der Energiemix der Zukunft, sagt Klute, müsse zu vier Fünfteln aus Ökostrom bestehen, das letzte Fünftel aber sollten Atomkraftwerke liefern – was nicht nur auf den Erhalt der bestehenden Reaktoren, sondern auf den Bau zusätzlicher Kraftwerke hinausläuft. Dass es zurzeit nicht den Hauch einer Chance gibt, dafür eine politische Mehrheit zu organisieren, räumt der Vereinsvorsitzende ein. Aber man lote aus, wo sich Verbündete finden lassen könnten, etwa unter denen, die aus Sorge um Lärm und Landschaft den Bau von Windkraftanlagen ablehnen. „Wenn Angela Merkel nicht mehr Bundeskanzlerin ist, werden sich auch Politiker auf unsere Seite trauen“, prophezeit Klute.

Atomstrom für den Klimaschutz, Atomstrom aus Protest gegen die Klimakanzlerin – das sind schon mal zwei Gründe, um in Brokdorf auf die Straße zu gehen. Ein dritter und ein vierter kommen hinzu: die Begeisterung für die Technik, die in einem Reaktor steckt. Und die Nostalgie altgedienter Kraftwerker, die ihr Lebenswerk in Ehren halten wollen. Beides spielt für die Ökomodernisten von Nuklearia zwar keine große Rolle, aber umso mehr in der „Aktionsgemeinschaft der Bürgerinitiativen für Energiesicherung und Kerntechnik“, kurz AEK. Die Gruppe mit dem komplizierten Namen gibt es schon seit den 1970er Jahren, als sie mit Schützenhilfe der Atomindustrie und des Bonner Innenministeriums als Gegengewicht zur stetig wachsenden und aufmüpfiger werdenden Anti-Atom-Bewegung aufgebaut wurde. Der Plan ging nicht auf, die Aktionsgemeinschaft stellte ihre Aktivitäten ein – bis sie in diesem Frühling zu neuem Leben erweckt wurde. „Als ich damit anfang, gab es auf dem Papier noch ein Dutzend Mitglieder, alle im Rentenalter“, berichtet Andreas Kronenberg, ein promovierter Kern-Chemiker, der für die Internationale Energieagentur Atomanlagen in aller Welt inspiziert hat – nur um nun am eigenen Leib zu erfahren, dass es für seine Qualifikation in Deutschland kaum noch Bedarf gibt.

Rund 30 Mitglieder hat die AEK laut Kronenberg jetzt, typischerweise Rentner aus einem der Kraftwerke oder aber Studenten, die ohne Rücksicht auf den deutschen Arbeitsmarkt ein naturwissenschaftlich-technisches Atom-Fach gewählt haben. Eine Verlängerung der Betriebserlaubnis für die sechs deutschen Reaktoren, wie sie Nuklearia für den Klimaschutz fordert, hält Kronenberg für ausgeschlossen, nicht nur aus politischen Gründen. „Dafür müsste man die Elektronik in den Kraftwerken erneuern, das würde sehr viel Geld kosten“, sagt er. „Außerdem sind die Sozialpläne für die Mitarbeiter längst unter Dach und Fach, die Abfindungen fest eingeplant.“ Ohne Atomkraft, davon gibt aber auch er sich überzeugt, werde der Ausstieg aus der Kohleverstromung in Deutschland nicht gelingen. Deshalb sei nach der Abschaltung von Brokdorf & Co. der Bau neuer Reaktoren nötig; dafür gelte es nun, das technische Knowhow im Land zu halten.

Zwei Vereine mit zusammen wenig mehr als 300 Mitgliedern, die im Detail nicht einmal dieselben Ziele haben: Ist das die ganze deutsche Atomlobby? Früher floss Geld von den Stromkonzernen in Organisationen wie die AEK. Aber diese Zeiten sind vorbei. Mitgliedsbeiträge und Kleinspenden, mehr sei nicht in der Kasse, berichten die Vorsitzenden von AEK und Nuklearia übereinstimmend, eine vierstellige Summe im Jahr. Das ist, etwa im Vergleich mit der Anti-Atomkraft-Organisation „Ausgestrahlt“, die nach eigenen Angaben zwölf Mitarbeiter beschäftigt und über einen Etat von rund einer Million Euro im Jahr verfügt, ein mickriger Betrag. Aber die Idee, bei einem der Kraftwerksbetreiber um einen Zuschuss für die Atom-Image-Kampagne zu bitten, hätte wenig Aussicht auf Erfolg. Als der Atomausstieg 2011 beschlossen wurde, war der Aufschrei der Konzerne noch groß, vor Gericht wurde um Schadenersatz gerungen. Inzwischen ist die Sache für die Unternehmen nicht nur technisch, sondern auch betriebswirtschaftlich erledigt, an der Börse sowieso. Als sich die vier Betreiberfirmen 2016 mit zusammen 24 Milliarden Euro von der Verantwortung für den Atommüll aus ihren Reaktoren freikaufte, fingen die vorher arg gebeutelten Kurse wieder an zu steigen. „Das war der Befreiungsschlag“, resümiert Guido Hoymann vom Bankhaus Metzler. Seitdem transportieren die für die Investoren geschriebenen Werbebroschüren der Konzerne, die ihr Heil nun im Ökostrom suchen, vor allem eine Botschaft: Mit Atomkraft haben wir nichts mehr am Hut.

Gleichgesinnte müssen die Atomfreunde anderswo suchen. Der Ökonom Hans-Werner Sinn und der frühere BASF-Chef Jürgen Hambrecht etwa kritisieren öffentlich den Ausstieg aus der Atomkraft; Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) lobt die niedrigen CO₂-Werte der Reaktoren und fordert, Deutschland müsse in der Energieversorgung „technologieoffen“ bleiben. Sonst halten sich die Spitzen von Wirtschaft und Politik lieber bedeckt.

Offensichtlich hat der jahrzehntelang erbittert ausgetragene Streit um Strahlenschutz, Atommülltransporte und Endlagerstandorte sie ermüdet. Im Windschatten dieser Entwicklung hat sich das Ansehen der Atomkraft in der deutschen Bevölkerung zuletzt deutlich gebessert. Vielleicht war der Ausstiegsbeschluss dafür die Voraussetzung, gewiss hat das neue Klima-Bewusstsein auch dazu beigetragen: Jeder Vierte findet Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach zufolge den Atomausstieg falsch; vor vier Jahren waren es nur halb so viele.

Im Rest der Welt sind ohnehin nicht die Atomkraftfreunde die Exoten, sondern die Atomkraftgegner: 440 aktive Reaktoren verzeichnet die Internationale Energieagentur rund um den Globus; 50 neue werden derzeit gebaut, von Bangladesch bis Argentinien, in der Slowakei und in Finnland. Zur jüngsten Jahrestagung der Agentur schickte sogar der Vatikan einen Kardinal. Dessen Grußwort enthielt die Formulierung, dass die Atomkraft der Menschheit helfen könne, Gottes Schöpfung zu bewahren.

Im Bundestag aber gibt es nur eine einzige Partei, die programmatisch noch etwas von der Atomkraft wissen will. Es ist die vom Verfassungsschutz wegen rechtsextremer Mitglieder teilweise unter Beobachtung gestellte AfD. Der energiepolitische Sprecher Steffen Kotré wettet dagegen, dass für Windkraftanlagen Bäume gefällt werden, während Atomkraftwerke „günstig und verlässlich“ Strom lieferten. Er unterstütze die Demonstrationen von Nuklearia und AEK in Brokdorf sowie an den anderen Kraftwerksstandorten, sagte Kotré der F.A.S. Aber für die Pro-Atomkraft-Bewegung ist das eine unbequeme Avance. In die rechte Ecke will sich da keiner schieben lassen. Überzeugte Ökomodernisten können von der AfD, die den menschlichen Einfluss auf den Klimawandel als vernachlässigenswert bezeichnet, nicht viel halten. Man sei allen Bundestagsparteien gegenüber grundsätzlich gesprächsbereit, versichert der Nuklearia-Vorsitzende Rainer Klute zwar. Aber wenn die Demos vor den Reaktoren nun mit der AfD in Verbindung gebracht würden, dann werde das eher für weniger als mehr Teilnehmer sorgen.

So viele wie damals, im Februar 1981, werden am Samstag so oder so nicht nach Brokdorf kommen. Beim Ordnungsamt sind nur dreißig Demonstranten angemeldet. Die örtlichen Atomkraftgegner haben beschlossen, auf eine Gegenveranstaltung zu verzichten: **Die „Dinosaurier und Ewiggestrigen“ wolle man nicht mit der eigenen Präsenz aufwerten.**